

Rede zum Haushalt 2012
Gerald Hinz, 26.1.2012
(es gilt das gesprochene Wort)

Formatiert

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

Wir diskutieren heute über den dritten Haushalt in Folge der ein deutliches Minus ausweist. Ein Minus im Ergebnishaushalt von ca. 4,5 Mio. EUR. Die Ergebnisse der vergangenen Haushaltsjahre waren deutlich besser als die Pläne es erwarten ließen. Es ist aber nicht zu erwarten, dass ein derartiges Minus durch die Instrumente die Rat und Verwaltung gegeben sind, in eine schwarze Null oder gar in einen positives Ergebnis gewandelt werden können. Die Gründe für meine Einschätzung werde ich im Laufe meines Vortrags deutlich machen.

Wie in den vergangenen Jahren möchte ich zunächst betrachten in welchen Rahmenbedingungen wir uns bewegen.

Die große wirtschaftliche Lage ist derzeit extrem unsicher. Wir haben zwar eine erfreulich niedrige Arbeitslosenzahl in Deutschland. Die Menschen konsumieren, aber der Einzelhandel klagt über das eher schlechte Weihnachtsgeschäft. Wir haben extrem niedrige Zinsen, die zu Investitionen einladen. Trotzdem werden große Investitionen eher mit Vorsicht getätigt. Über allem hängt wie ein Damoklesschwert die Krise einzelner europäischer Staaten. Die IHK Hannover geht wiederum im nächsten Jahr von einem Wachstum von einem Prozent und weiter steigender Beschäftigung aus. In der Summe kann man vielleicht vorsichtig optimistisch sein, dass die Lage nicht schlechter wird.

Was hat das jetzt mit dem Haushalt der Stadt Burgdorf zu tun?

Ein sehr großer Teil der Einnahmen unserer Stadt ist abhängig von Steuern, die wiederum abhängig sind von den Einkommen der Arbeitnehmer und vor allem vom allgemeinen Steueraufkommen, das überwiegend von Umfang der Wirtschaftstätigkeit abhängig ist.

Da die Konjunktur entsprechend der Volkswirtschaftslehre zyklischen Schwankungen unterliegt, ist es nun für die Planung wichtig zu wissen, an welchem Punkt der Welle wir uns befinden. Im Tal, aus dem es weiter aufwärts geht? Sind weiter im Aufschwung? Haben bereits wir den Höhepunkt erreicht oder geht es schon wieder abwärts.

Leider kann die Volkswirtschaftslehre häufig nur im Nachhinein erklären, warum Entwicklungen eine bestimmte Richtung genommen haben. Oder mit Karl Valentin gesagt: Prognosen sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen.

Für unsere Haushaltsdiskussion würde ich aber trotzdem wagen als Ausgangslage davon auszugehen, dass wir uns eher am Höhepunkt der Entwicklung befinden, als in einer aufsteigenden Tendenz. Oder kurz gesagt: Viel besser wird es nicht mehr.

Zu welchem Befund kommt man, wenn man die finanzielle Situation der Stadt Burgdorf untersucht? Ordentlichen Erträgen von 51,3 Mio. Euro stehen ordentliche Aufwendungen von 57,4 Mio. Euro entgegen. Dazu kommen noch außerordentliche Erträge in Höhe von ca. 1,4 Mio Euro so dass ein Jahresergebnis von Minus 4,8 Mio. Euro im Plan zu erwarten ist.

Wenn man ein Unternehmen wäre, bedeutete dies, dass man aus der normalen Geschäftstätigkeit einen Verlust einplant. Dieser Plan, wenn er denn im Ergebnis so eintritt, mindert das Vermögen der Stadt, d.h. wir verbrauchen es. Da wir aber nicht im gleichen Maße Vermögen versilbern können, finanzieren den Verbrauch durch Kredite. Es stellt sich nun die Frage: Nehmen wir zu wenig ein oder geben wir zu viel aus?

Auf der Einnahmeseite können wir feststellen, dass wir 2,2 Mio EUR mehr Deckungsmittel erhalten als 2011. Vergleichen müssen wir uns aber mit dem Jahr 2009, das Jahr vor dem großen Einbruch auf Grund der Finanzkrise. Dann sieht die Situation schon ganz anders aus. Allein die Veränderung der Schlüsselzahl für den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer kostet uns 240 TEUR. In der Summe haben wir 370 TEUR weniger als 2009. Um allein die Inflation auszugleichen, müssten wir aber 600 TEUR mehr haben. Im Saldo fehlen uns dadurch in dieser Position schon mal 1 Mio. EUR.

Dies erklärt aber nur einen Teil des Defizits von 4,8 Mio. EUR.

Betrachten wir nun die Ausgabenseite. Im Ergebnishaushalt sind zunächst einmal 2,8 Mio. EUR Abschreibungen erhalten. Sie machen den Wertverlust des Vermögens unserer Stadt durch Abnutzung deutlich. Dieses Geld muss verdient werden, um den Wert des Vermögens zu halten. Zu einem Teil werden die Abschreibungen in die gebührenrechnenden Bereiche wie Abwasser oder Bestattungswesen eingerechnet und damit aufgefangen. Aber gut die Hälfte des Betrages erhöht den Verlust.

Welche Ausgaben führen denn weiter zu diesem Defizit?

Für ein Dienstleistungsunternehmen ist es nicht verwunderlich, dass die Personalkosten, der größte Kostenblock ist. Diese sind bezogen auf 2009, das Jahr mit den ungefähr gleichen Einnahmen, um 2,6 Mio. EUR gestiegen.

Dieser Anstieg hat mehrere Ursachen. In erster Linie beruht er auf den gestiegenen Angeboten für die Kinderbetreuung in Kindergärten und Krippen und der Einführung der offenen Ganztagschule. Maßnahmen, die wir alle gewollt haben. Die ohne Zweifel wichtig sind und bei denen wir zum Teil, nämlich bei den Finanzierungsverpflichtungen des Landes Niedersachsen, im Stich gelassen wurden.

Aber nicht nur diese Einrichtungen kosten Geld. Auf Grund der katastrophalen Schulpolitik der Landesregierung stimmen die Bürger mit den Füßen ab und schicken ihre Kinder zu Gesamtschulen in Lehrte, Sehnde und Hannover. Dafür zahlen wir einen Ausgleichsbetrag von 200 TEUR. Jedes Jahr. Mit dieser Summe könnten nach heutigen Konditionen Investitionen von mehr als 5 Mio. EUR finanziert werden.

Zusätzlich entsteht dieses Defizit durch Einrichtungen deren Einnahmen nicht die Kosten decken. Da ist z.B. das Hallen- und Freibad zu nennen, das uns Jahr für Jahr 1,1 Mio. EUR kostet oder die Friedhöfe, die wir auch mit mehr als 130 TEUR pro Jahr bezuschussen. Auch können wir für Kindergärten und -krippen keine kostendeckenden Gebühren erheben, da sich sonst nur noch ganz wenige Familien einen Kindergartenplatz leisten könnten.

Gerade beim letzten Punkt wird einmal mehr deutlich, welche Widersprüche wir in der Finanzierung öffentlicher Ausgaben haben. Kindergärten sind keine Aufbewahrungsorte für Kinder,

sondern haben einen eigenständigen Bildungs- und Erziehungsauftrag. Kinderkrippen haben eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, indem sie junge Menschen in die Lage versetzen Familie und Beruf zusammenbringen zu können. Letztendlich geht es dabei auch darum, die demographische Entwicklung zu verändern, damit die Sozialsysteme der Bundesrepublik weiter funktionieren können. Dieses wird deutlich durch das Recht auf einen Kindergartenplatz und die Pflicht der Kommunen eine bestimmte Menge an Krippenplätzen anzubieten. Konsequenterweise wäre dann die Zahlung der Personalkosten dieser Einrichtungen vollständig aus Steuermitteln des Bundes und der Länder aufzubringen, wie es bei Schulen der Fall ist.

In der HAZ vom 19.1.2012 zu lesen ist, dass der Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Björn Thümler, gefragt wurde nach Strategien, wie denn das Haushaltsdefizit der Stadt Burgdorf gesenkt werden kann. Als Antwort kam die Forderung, dass Firmen sich mehr für die Kinderbetreuung engagieren sollen und die Feststellung: „Wenn die Wirtschaft nicht bereit ist, mehr zu tun, wird es der Staat nicht schaffen“. Das ist doch ein Witz. Dann hätte er auch die Idee der Radio-Comedy „Frühstück bei Stefanie“ aufgreifen können: Udos Schwester hat kein Problem mit den steigenden Kindergartengebühren. Sie bringt ihren Kleinen jeden morgen zu Ikea in die Kinderbetreuung. Das kostet nichts und Sonnabend ist auch geöffnet.

Meine Damen und Herren, die Beteiligung der Wirtschaft an der Kinderbetreuung ist ganz leicht herzustellen. Durch entsprechende Steuererhöhungen. Dadurch sind alle Unternehmen gleichmäßig belastet. Flexible Arbeitnehmer wollen alle Unternehmen haben, dann ist auch der Preis dafür zu zahlen.

Zu Personalaufstockungen führen auch neue Aufgaben, immer umfangreicher werdende Vorgaben für Planungen, gesetzlich vorgegebene Höchstfallzahlen im Jugendhilfebereich oder Rechte von Bürgern. Wir haben die entsprechenden Punkte ja beim Stellenplan gesehen.

Soweit der Befund. Gibt es eine wirksame Therapie?

Wenn die Stadt ein Unternehmen wäre, würde man schauen welche Geschäftsbereiche Gewinn und welche Verlust bringen. Uns ist diese Option zum größten Teil verbaut, nämlich überall dort, wo wir verpflichtet sind, bestimmte Leistungen anzubieten oder Aufgaben durchzuführen.

Natürlich können und müssen wir all das in Frage stellen, was wir freiwillig tun. Allerdings ist es sinnlos, sich mit den Dingen zu beschäftigen, die ein paar tausend Euro im Jahr kosten.

Wir haben uns in unseren Haushaltsberatungen intensiv mit der Frage beschäftigt, ob z.B. eine Bücherei tatsächlich noch benötigt wird oder ob die Nebenstellen des Hauses der Jugend in Otze und Ehlershausen bei dem heutigen Nutzungsumfang mit den damit verbundenen Kosten noch zu rechtfertigen sind.

Wir haben uns dieses Mal für die Beibehaltung entschieden. Für die Nebenstellen des HdJ haben wir einen Antrag auf den Weg gebracht, der zum Ziel hat, mit wenig finanziellen Mitteln eine Belebung dieser Einrichtungen zu erreichen. Im Fall der Bücherei werden wir beobachten, ob die auf den Weg gebrachten Maßnahmen greifen und wie sich der Zuschussbedarf weiter entwickelt.

Als Unternehmen könnten wir uns auch fragen, ob das Serviceangebot im vorhandenen Umfang so marktgerecht ist. Müssen wir z.B. weiter eine Kfz-Zulassungsstelle unterhalten. Sind mehr als durchschnittlich 4 Minuten Wartezeit im Bürgerbüro zumutbar? In welcher Zeit sind Bauanträge zu bearbeiten? Der Bürger, der eine Leistung möchte, will sie schnell, umfassend und vor Ort. Um hier steuernd eingreifen zu können und nach dem Gedanken des neuen Steuerungsmodell über Ziele der Verwaltung Vorgaben machen zu können, fehlen uns immer noch ausreichend

qualifizierte Kennzahlen.

Was wollen wir nun konkret tun, um den negativen Saldo im Ergebnishaushalt zu vermindern?

Wir sind der Auffassung, dass dieses dauerhaft nur zu erreichen ist, wenn der Anstieg der Personalkosten gebremst oder zu Stillstand gebracht wird. Der Sozial- und Erziehungsbereich, der ca. 30% der Stellen umfasst, ist auf Grund der bereits dargestellten Umstände bei Einsparungsoptionen ausgenommen. Es verbleibt die übrige Verwaltung. Hier muss intensiv nach Optimierungen in den Prozessen gesucht werden.

Aus der Prozessoptimierung erwarten wir Ansätze, die dazu führen, dass der Stellenplan nicht weiter ausgeweitet wird. Wir unterstellen dabei nicht, dass die Verwaltung sich bisher nicht bemüht hat, die Abläufe möglichst effizient zu gestalten. In der Verwaltung gibt es aber keinen Mitarbeiter oder Mitarbeiterin, die sich ausschließlich mit Betriebsorganisation befasst. Wir halten eine derartige Stelle für unerlässlich, damit Arbeitsabläufe permanent auf ihre Effizienz und Effektivität betrachtet werden können. Wir halten nichts davon, mit großem Aufwand einmalig einen Unternehmensberater durch das Haus zu schicken, der ein dicken Bericht abliefern, für den es dann aber niemand gibt, der die Ergebnisumsetzung verfolgt. Und nach zwei Jahren sind die Ergebnisse zum größten Teil derart veraltet, dass es keinen Sinn mehr macht sie umzusetzen.

Die HannIT, an der wir bekanntlich beteiligt sind, führt mit mehreren Kommunen ein Prozessoptimierungsprojekt durch. Die Stadt Burgdorf nimmt an dem Projekt teil. Dieses kostet Geld und Personalressourcen. Allerdings ist es der Controller der das Thema vorantreibt. Der Controller soll uns aber die notwendigen Steuerungsinformationen liefern und permanent berichten. Damit für diese wichtigen Aufgaben, Prozessoptimierung und Controlling die notwendigen Kapazitäten bereitstehen, wollen wir, dass die Stelle eines Betriebsorganisations eingerichtet wird. Für die Stelle und für damit im Zusammenhang stehende Kosten stellen wir 90 TEUR zur Verfügung. Es ist uns bewusst, dass dies weiterhin wiederkehrende Kosten bedeutet. Wenn er oder sie aber ihre Arbeit erfolgreich macht, werden die erzielten Einsparungen dies überkompensieren.

Weiterhin wollen wir, dass bei den Investitionen im Gebäudebereich eine Deckelung bei 650 TEUR eingebracht wird. Welche Projekte daraus bedient werden, muss die Verwaltung nach Dringlichkeit entscheiden, bzw. im Laufe des Jahres entsprechende Entscheidungen durch die Ratsgremien fällen lassen.

Außerdem wollen wir nicht, dass gegenwärtig ein Radweg zwischen Ehlershausen und Großmoor gebaut wird. 250 TEUR sind leider derzeit dafür nicht verantwortbar. Bisher ist diese Radwegverbindung nicht im Radverkehrskonzept enthalten. Allerdings sind wir der Meinung, dass er mit aufgenommen werden soll.

Wir wollen, dass von einem unabhängigen Büro überprüft wird, wie der Zustand der Toiletten an der Waldschule Ehlershausen ist. Dafür und ggf. als Planungskosten sollen bis zu 8000 EUR ausgegeben werden. Eine Bereitstellung von 78 TEUR für einen Umbau zum jetzigen Zeitpunkt halten wir für noch nicht notwendig.

Zusammenfassend gesagt, sehen wir keine Möglichkeit, den Haushalt nur über Einsparungen zu konsolidieren.

Durch den Beschluss, für das Lehrschwimmbecken der Gudrun-Pausewang-Grundschule keine Investitionsmittel in den Haushalt einzustellen, haben wir deutlich gemacht, dass es uns ernst ist, auch unangenehme Entscheidungen zu fällen. Hier haben wir ja mit dem Hallenbad immer noch

eine Alternative. Weitere Entscheidungen werden noch schmerzhafter und die Betroffenen werden noch heftiger protestieren. Aber es gibt auch Stimmen aus der Bevölkerung, die großes Verständnis für massive Einsparungen mit den dazugehörigen Einschnitten haben, weil sie auch keine andere Chance für eine Haushaltssanierung sehen.

Die Kommunen sind unterfinanziert, dies musste auch die von der CDU als Beispiel herausgestellte Stadt Langenfeld erfahren, die im vergangenen Jahr ein Defizit von mehr als 10 Mio. EUR in der Planung hatte.

Es hilft auch keine oberflächliche Untersuchung durch externe Berater, mehr ist für 100 TEUR nicht zu bekommen. Die sagen einem nur was wir schon wissen oder haben Standard-Rezepte, die wir längst geprüft haben. Das von den CDU-Kollegen in der Wirtschaft und Finanzausschuss-Sitzung gebrachte Beispiel, dass PriceWaterhouseCoopers, kurz PwC, für Potsdam eine Einsparung von 5,5 Mio. EUR erarbeitet hat, ist ja schön. Nur Potsdam hat einen Haushalt von 482 Mio. EUR und nicht 56 Mio. EUR wie die Stadt Burgdorf. Heruntergebrochen auf uns wäre dass ein Ergebnis von 600 TEUR. Nur wie gesagt, so ein Projekt gibt es nicht für 100 TEUR.

Zaubern kann keiner. Es hat auch keinen Zweck, dass wir uns gegenseitig und gemeinsam der Verwaltung Unfähigkeit vorwerfen. Wir müssen uns einig werden, was wir nicht mehr wollen, allerdings ist diese Einigkeit offensichtlich nicht im Rahmen der Haushaltsberatungen zu erreichen. Der Diskussionsprozess muss das ganze Jahr über weitergeführt werden. Ein entsprechendes Forum dafür wird durch eine interfraktionelle Arbeitsgruppe geschaffen.

Verstehen kann ich nicht, warum die CDU dem Haushalt nicht zustimmen will. In dem Haushalt sind keine Projekte, die sie politisch nicht wollen. Sie haben an keiner Stelle deutlich gemacht, dass Sie Kosten einzelner Produkte hinterfragen oder wo sie Einsparungen sehen. Man muss den Eindruck haben, dass es sich bei der Verweigerung um den Ausdruck ihrer Ratlosigkeit handelt. Wir sind aber als Rat insgesamt und zusammen mit der Verwaltung in der Pflicht und haben insgesamt die Verantwortung für diese Stadt.

Wir nehmen die Verantwortung an und werden dem Haushalt, auch wenn er uns mit dem Defizit nicht gefällt, zustimmen.

Abschließend will ich sagen, dass die Haushaltsberatungen von allen Seiten mit großer Ernsthaftigkeit geführt wurden. Die Verwaltung, insbesondere Herr Philipps mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben uns hervorragend unterstützt. Dafür vielen Dank.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.